



# Newsletter

13. November 2020

## **Finanzen – Land und Kommunen einig über Hilfen**

Die Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände haben sich über die Verteilung der für die Kommunen vorgesehenen Mittel aus dem Sondervermögen Hessens gute Zukunft sichern verständigt. Daraus sind Hilfen des Landes von 2,5 Milliarden Euro für die Kommunen in Hessen zur Bewältigung der Corona-Krise vorgesehen. Durch weitere Vereinbarungen erhöht sich das Volumen des Kommunalpakts auf mehr als drei Milliarden Euro.

## **Corona-Pandemie – Krankenhäuser sind der Dreh- und Angelpunkt**

Hessens Krankenhäuser erhalten 2021 neben der regulären Pauschalförderung weitere 120 Millionen Euro. „In den nächsten drei Jahren stellen wir unseren Kliniken damit über eine Milliarde Euro für Investitionen zur Verfügung“, wie Sozialminister Kai Klose mitteilte.

## **Förderung – Hessen kurbelt sozialen Wohnungsbau an**

Mit mehr Fördermitteln und noch besseren Konditionen kurbelt Hessen den Bau von Sozialwohnungen an. Von 2021 an stehen für die kommenden Jahre zusätzlich 257 Millionen Euro zur Verfügung. Das sieht die von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir eingebrachte Änderung des Wohnrauminvestitionsgesetzes vor. – Dank höherer Zuschüsse des Landes können in Hessen außerdem mehr Sozialwohnungen in der Bindung bleiben.

## **Außerdem in dieser Ausgabe:**

- ▶ Corona – Kassenärztliche Vereinigung startet Kampagne für 116117
- ▶ Volkstrauertag – „Für Frieden, Freiheit und Demokratie eintreten“
- ▶ Europa – Sieben hessische Schulen für digitale Kooperation ausgezeichnet
- ▶ Umwelt – Weitere Maßnahmen für klimastabilen Wald
- ▶ Starkes Dorf – Weitere Projekte gefördert

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

**Mehr dazu auf den folgenden Seiten**

## **Finanzen – Land und Kommunen einig über Hilfen**

Die Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände haben sich über die Verteilung der für die Kommunen vorgesehenen Mittel aus dem Sondervermögen Hessens gute Zukunft sichern verständigt. Daraus sind Hilfen des Landes von 2,5 Milliarden Euro für die Kommunen in Hessen zur Bewältigung der Corona-Krise vorgesehen. Durch weitere Vereinbarungen erhöht sich das Volumen des Kommunalpakts auf mehr als drei Milliarden Euro.

Finanz- und Innenministerium, der Hessische Landkreistag, der Hessische Städte- und Gemeindebund sowie der Hessische Städtetag haben nach vertrauensvollen Verhandlungen eine Übereinkunft über die Verwendung der Mittel unterzeichnet, der zuvor die Gremien der Spitzenverbände zugestimmt hatten.

### *Wichtige Einigungen*

„Land und Kommunen haben seit Beginn der Corona-Krise eng zusammengearbeitet. Nur so war es möglich, die erforderlichen Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung im Schulterschluss der verschiedenen Verwaltungsebenen zu gewährleisten. Zusammenhalt und gemeinsame Verantwortung haben auch unsere Gespräche ausgemacht. Die Kommunen erhalten mehr als drei Milliarden Euro vom Land. Über die Verwendung sind sich Land und Kommunale Familie einig. Dieser Kommunalpakt sucht in Deutschland seinesgleichen.“ Das erklärten Finanzminister Michael Boddenberg, Innenminister Peter Beuth sowie der Präsident des Hessischen Landkreistags, der Landrat des Landkreises Fulda Bernd Woide, der Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Bad Vilbels Bürgermeister Dr. Thomas Stöhr, und der Präsident des Hessischen Städtetags, Kassels Oberbürgermeister Christian Geselle.

Der Kommunalpakt umfasst insbesondere wichtige Einigungen zum Kommunalen Finanzausgleich (KFA). Wegen der Corona-Krise muss das Land massive Steuerausfälle hinnehmen. Das hat auch Konsequenzen für die Kommunen, da der Kommunale Finanzausgleich maßgeblich von den Steuereinnahmen des Landes abhängt. Land und Kommunen haben sich nun darauf verständigt, den Kommunalen Finanzausgleich zu stabilisieren. Das Land gibt insgesamt nahezu 1,4 Milliarden Euro aus, um nicht nur Einbrüche abzuwenden, sondern den KFA bis 2024 jährlich um 112 Millionen Euro kontinuierlich steigen zu lassen. 1,1 Milliarden Euro davon kommen aus dem Sondervermögen, rund 300 Millionen Euro aus dem Kernhaushalt.

### *Planungssicherheit auf Jahre hinaus*

„Das Land gibt den Kommunen damit Planungssicherheit auf Jahre hinaus. Diese Hilfe kommt bei fast allen Kommunen in Hessen an. Nachdem wir mit der Kompensation ausfallender Gewerbesteuereinnahmen insbesondere den gewerbesteuerstarken Kommunen geholfen haben, wirkt die Stärkung des KFA vor allem bei den finanzschwächeren“, sagte Boddenberg.

Die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle 2020 gemeinsam mit dem Bund ist nach dem KFA die zweitgrößte Unterstützung, auf die sich Land und Kommunen geeinigt haben. 1,2 Milliarden Euro, davon 661 Millionen Euro vom Land, wurden den Kommunen bereits am 16. Oktober ausgezahlt.

## *Partner der Kommunen*

„Hessen ist auch und gerade in schweren Zeiten Partner der Kommunen. Das Land stellt ihnen über drei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung, um durch die Corona-Krise zu kommen. Das ist ebenso vorbildgebend wie der enge Schulterschluss von Land und Kommunen. Besonnen, beherzt und – trotz steigender Infektionszahlen – voller Zuversicht gehen wir die Aufgaben gemeinsam an. Der Kommunalpakt ist dafür eine sehr gute Grundlage“, so Boddenberg.

„Gerade in der aktuellen Corona-Krisensituation sind kommunale Investitionen das Schlüsselement, um die Wirtschaftsleistung vor Ort wieder ankurbeln zu können“, sagte Beuth. Die Landesregierung stelle mit dem 3-Milliarden-Euro-Paket sicher, dass die 422 Kommunen und 21 Landkreise auch in den kommenden Jahren verlässlich agieren können.

## Weitere Informationen.

### **Corona-Pandemie – Krankenhäuser sind der Dreh- und Angelpunkt**

Hessens Krankenhäuser erhalten 2021 neben der regulären Pauschalförderung weitere 120 Millionen Euro. „In den nächsten drei Jahren stellen wir unseren Kliniken damit über eine Milliarde Euro für Investitionen zur Verfügung“, wie Sozialminister Kai Klose mitteilte.

Die Corona-Pandemie bleibt das bestimmende Thema des Jahres 2020. „Die ganze Welt muss mit dem neuartigen Virus SARS-CoV-2 umgehen“, erklärte Klose. „Es hat weltweit bereits Hunderttausende von Menschenleben gekostet. Wegen jedes einzelnen Opfers dürfen unsere Anstrengungen, das Virus zu bekämpfen, niemals nachlassen.“ Bei der Versorgung von schwererkrankten Covid-19-Patientinnen und Patienten sind die Krankenhäuser Dreh- und Angelpunkt. Daher hat die Landesregierung beschlossen, durch das Corona-Kommunalpaket den Krankenhäusern in Hessen weitere 120 Millionen Euro für die Pauschalförderung im Jahr 2021 bereit zu stellen, zusätzlich zur regulären Pauschalförderung in Höhe von 283 Millionen Euro.

### *Schlüsselrolle der stationären Versorgung*

Klose unterstrich die Schlüsselrolle der stationären Versorgung im Kampf gegen das Corona-Virus. „Wir wollen nicht in eine Situation kommen, in der Ärztinnen und Ärzte entscheiden müssen, wer Zugang zu einem Beatmungsgerät hat und wer nicht. Deshalb haben wir, in engem Schulterschluss mit den Kliniken, den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und dem öffentlichen Gesundheitsdienst, alle Vorbereitungen getroffen, um das mit allen Mitteln zu vermeiden.“ Klose hob hervor, dass die Landesregierung schnell und kompetent reagiert hat. Als zentrales Element nannte Klose den am 21. März eingesetzten „Planungsstab zur stationären Versorgung von Covid-19-Patientinnen und Patienten“. In diesem Stab sind neben der Fachexpertise des Ministeriums die Spitzen aller koordinierenden Krankenhäuser der sechs Krankenhaus-Versorgungsgebiete vertreten. Dieser Planungsstab hat sich

auf das bundesweit beachtete „Stufenkonzept zur Steuerung der stationären Kapazitäten“ verständigt. Das hessische Konzept ermöglicht eine dichte Kooperation der Krankenhäuser durch ein einheitliches Vorgehen: Die Schweregrade der Erkrankten werden nach medizinischen WHO-Kriterien eingeteilt. Die Krankenhäuser werden in vier Levels, je nach Ausstattung und Leistungsfähigkeit beschrieben. Es wurde definiert, wann weitergehende Maßnahmen notwendig sind, etwa die Verlegung von Patientinnen und Patienten mithilfe der Rettungsdienste.

„Diese regional-situative Strategie ermöglicht uns auch, die normale Krankenhausversorgung, einschließlich elektiver Eingriffe, in möglichst vielen Teilen des Landes, aufrechtzuerhalten – weil wir in der Lage sind, gezielt einzugreifen, sobald es notwendig wird“, so Klose. „Unsere IVENA-Software zur Abstimmung von Behandlungskapazitäten bietet dafür die wichtigste Grundlage. Mit dem Sonderkapitel zum Krankenhausplan und meiner Allgemeinverfügung von Mitte Oktober haben wir die Krankenhäuser zur Bereithaltung bestimmter Kapazitäten für COVID-19-Patientinnen und -Patienten verpflichtet.“

### *Hervorragende stationäre Versorgung in Hessen*

Hessische Krankenhäuser hätten die Corona-Pandemie zu jedem Zeitpunkt gut bewältigt, so Klose. Dafür wurden frühzeitig entsprechende Voraussetzungen geschaffen. In Hessen wurde die Zahl der Intensivbetten auf heute 3.200 angehoben und damit nahezu verdoppelt. Bereits im März wurden zehn Millionen Euro für die Anschaffung von mehr als 460 zusätzlichen Beatmungsgeräten gewährt. „Dazu braucht es Pflegerinnen und Pfleger in den Krankenhäusern, die eine unendlich wichtige Arbeit machen und denen wir gar nicht genug danken können“, sagte Klose. „Deshalb freue ich mich, dass auch das Land Hessen die riesigen Leistungen der Pflegenden auf den Corona-Intensivstationen zusätzlich wertschätzt und die bundesweite Prämie für die Krankenhauspflege mit hessischem Geld um mehrere Millionen Euro aufstockt.“ Nennenswert sei auch die Anschaffung von 100 Millionen Atemmasken und die Ausstattung von medizinischem Personal mit persönlicher Schutzausrüstung.

### *Appell an den Bund*

Kai Klose sieht die hessischen Krankenhäuser gut für die aktuelle Situation gewappnet. Dazu haben Bund und Land erheblich beigetragen. Dennoch seien diese Investitionen nicht genug, um in der aktuellen Situation mit dramatisch steigenden Infektionszahlen eine sichere Versorgung zu gewährleisten. So appellierte Klose an den Bund: „Gerade in dieser kritischen pandemischen Phase muss sich aber auch der Bund wieder stärker einbringen. Eine modifizierte Freihaltepauschale muss her, damit entfallende Erlöse für elektive Eingriffe kompensiert und die Kliniken nicht – mitten in der Pandemie – unter zusätzlichen ökonomischen Druck gesetzt werden. Gerade an dieser Stelle muss der Bund – wie im Frühjahr – liefern, um den Kliniken zusätzlichen Handlungsspielraum zu verschaffen, damit sie alle Patientinnen und Patienten bestmöglich versorgen können.“

### Weitere Informationen.

## **Förderung – Hessen kurbelt sozialen Wohnungsbau an**

Mit mehr Fördermitteln und noch besseren Konditionen kurbelt Hessen den Bau von Sozialwohnungen an. Von 2021 an stehen für die kommenden Jahre zusätzlich 257 Millionen Euro zur Verfügung. Das sieht die von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir eingebrachte Änderung des Wohnrauminvestitionsgesetzes vor. – Dank höherer Zuschüsse des Landes können in Hessen außerdem mehr Sozialwohnungen in der Bindung bleiben.

„Die Landesregierung nutzt alle Möglichkeiten, damit jede Hessin und jeder Hesse eine angemessene Wohnung zu einem bezahlbaren Preis finden kann“, sagte Al-Wazir. „Wohnen ist die soziale Frage der Gegenwart – gerade angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie.“ Mit der Erhöhung der Fördermittel des Wohnrauminvestitionsgesetzes erfüllt die Landesregierung ihre Zusage, bis 2024 den Rekordbetrag von 2,2 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. In die Gesamtsumme fließen außerdem Bundes- und weitere Landesmittel ein. Gleichzeitig werden die Bedingungen für den Bau von Sozialwohnungen beträchtlich verbessert. Künftig sind – je nach Dauer der Sozialbindung – Finanzierungszuschüsse von bis zu 40 Prozent möglich. Bisher waren es 25 Prozent. Zusätzlich gibt es zinslose Darlehen. Bisherige technische Vorgaben entfallen dagegen.

### *Mehr Landesgeld für Sozialbindung*

Dank höherer Zuschüsse des Landes können in Hessen mehr Sozialwohnungen in der Bindung bleiben. Wie Al-Wazir weiter mitteilte, hat die Nachfrage nach den Fördermitteln deutlich angezogen. „Mit den in diesem Jahr beantragten Zuschüssen können für 600 Wohnungen auslaufende Sozialbindungen bzw. Belegungsrechte verlängert und für weitere 329 Wohnungen neu erworben werden. Zusammen sind das 929 dringend benötigte Wohnungen für einkommensschwache Haushalte. Es ist uns gelungen, die Weiter- oder Neubindung von Sozialwohnungen wieder interessant zu machen.“

In den vergangenen beiden Jahren hatten für diesen Zweck je vier Millionen Euro bereitgestanden, die jedoch nicht vollständig ausgeschöpft wurden. Deshalb wurden die Förderkonditionen im Sommer deutlich verbessert: Für die Verlängerung der Sozialbindung zahlt das Land nun statt 80 Cent 1,50 Euro pro Quadratmeter und Monat, beim Erwerb von Sozialbindungen klettert der Zuschuss von 1,50 auf 2,50 Euro. Die Bindungsfrist beträgt in beiden Fällen zehn Jahre.

Die Haushaltsmittel dafür wurden mehr als verdreifacht. In diesem und im nächsten Jahr stehen je 14 Millionen Euro zur Verfügung; 2020 kommen zudem noch Mittel aus dem Verkaufserlös des alten Frankfurter Polizeipräsidiums hinzu, die wie von der Landesregierung versprochen sehr sinnvoll eingesetzt werden, so dass insgesamt 18,8 Millionen Euro in Erwerb und Verlängerung von Sozialbindungen fließen.

### *Der Trendumkehr ein Stück näher*

„Erwerb und Verlängerung von Belegungsrechten sind ein bewährtes Mittel, um das Angebot an bezahlbarem, preisgebundenem Wohnraum schnell zu vergrößern“, sagte Al-Wazir. „Denn die Wohnungen müssen nicht eigens gebaut werden. Wir sind

unserem Ziel, den bundesweit rückläufigen Trend bei Sozialwohnungen in Hessen zu stoppen und umzukehren, wieder ein Stück nähergekommen.“

Weitere Informationen zum [Bau von Sozialwohnungen](#) und zur [Sozialbindung](#).

### **Corona – Kassenärztliche Vereinigung startet Kampagne für 116117**

Vor dem Hintergrund der andauernden Coronapandemie und beginnenden Erkältungszeit startet die Kassenärztliche Vereinigung Hessen (KVH) eine hessenweite Kampagne mit einer wichtigen Botschaft: Patienten mit Erkältungssymptomen wie Husten, Schnupfen oder Fieber sollen keinesfalls einfach in die Zentralen des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes (ÄBD) gehen, sondern immer zuerst die 116117 anrufen. Frank Dastych, Vorstandsvorsitzender der KVH, stellte die Kampagne gemeinsam mit Sozialminister Kai Klose vor. Sie soll dazu beitragen, eine weitere Ausbreitung von Covid-19 zu verhindern. Für Klose ist die gesonderte Sprechstunde für Infektpatienten im ÄBD einer von vielen wichtigen Bausteinen im Kampf gegen das Coronavirus. „Effektive Steuerung ist in allen Situationen der Pandemie ein essentielles Element. Das gilt für den ambulanten Bereich genau wie für die stationäre Krankenhausversorgung. Auch deshalb begrüße ich die Initiative der KV Hessen.“ [Weitere Informationen](#).

### **Volkstrauertag – „Für Frieden, Freiheit und Demokratie eintreten“**

Ministerpräsident Volker Bouffier hat anlässlich des Volkstrauertages am Sonntag der Kriegstoten und Opfer von Gewaltherrschaft gedacht und gemahnt: „Wir müssen für Frieden, Freiheit und Demokratie weiterhin entschlossen eintreten. Dies sind keine selbstverständlichen Errungenschaften. Es gilt, sie Tag für Tag zu verteidigen und dafür einzustehen. Die Weltkriege haben Familien und Menschen über Generationen hinweg unfassbares Leid zugefügt. Viele Menschen haben im Krieg ihr Leben gelassen. Das darf sich nicht wiederholen.“ Der Volkstrauertag sei daher ein wichtiges Datum, um der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu gedenken und aus Fehlern zu lernen. „Gewalt und Hass dürfen sich nicht ungehindert ausbreiten. Sie müssen im Keim erstickt werden, damit sich Geschichte nicht wiederholt.“ Anlässlich des Volkstrauertages würdigte Bouffier die politisch-historische Bildungsarbeit des Volksbunds Deutscher Kriegsgräberfürsorge. „Der Volksbund stellt sich seit vielen Jahrzehnten der wichtigen Aufgabe, eine Form des Erinnerns und des würdigen Andenkens zu schaffen.“ [Weitere Informationen](#).

### **Europa – Sieben hessische Schulen für digitale Kooperation ausgezeichnet**

Digitale Plattformen für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler ergänzen auf sinnvolle Weise das bestehende Bildungsangebot. Eine dieser Plattformen, eTwinning,

vernetzt seit dem Jahr 2005 Schulen in ganz Europa und bietet ihnen die Möglichkeit, sich über Unterrichtsinhalte auszutauschen und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. Sieben hessischen Schulen wurde jetzt vom Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz das eTwinning-Qualitätsiegel verliehen: der Anne-Frank-Schule Eschwege, der Freiherr-vom-Stein-Schule Fulda, der Richard-Müller-Schule Fulda, der Otto-Hahn-Schule Hanau, der Comenius-Schule Herborn, der Georg-Büchner-Schule Rodgau sowie der Goetheschule Wetzlar. „Die Pandemie stellt Schulpartnerschaften derzeit vor eine große Herausforderung, denn schließlich leben sie zu einem großen Teil von regelmäßigen gegenseitigen Besuchen“, erklärte Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz. „Dank innovativer Projekte wie eTwinning können die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte auch in diesen schwierigen Zeiten den Kontakt zu ihren Mitschülern und Kollegen in Europa halten und sich über Unterrichtsinhalte, aber natürlich auch über ihre Erfahrungen im Umgang mit der Pandemie austauschen. eTwinning ist Teil des EU-Programms Erasmus+. Europaweit sind derzeit rund 210.000 Schulen angemeldet. [Weitere Informationen.](#)

## **Umwelt – Weitere Maßnahmen für klimastabilen Wald**

Umweltministerin Priska Hinz hat ein Maßnahmenpaket zum Schutz und Erhalt der hessischen Wälder vorgestellt. „Die Auswirkungen des Klimawandels spüren wir alle immer stärker“, so Hinz. „Trockenheit und Hitze belasten Mensch und Natur. Auch der Wald leidet. In weiten Teilen Hessens ist der Zustand des Waldes in diesem Jahr schlecht wie nie zuvor. Zu diesem Ergebnis kommt der diesjährige Waldzustandsbericht. Das bedeutet: Wir müssen weiterhin alles tun, um den Klimawandel zu begrenzen. Und wir müssen den Wald weiter stärken. Er ist zum einen Opfer des Klimawandels, aber auch von großer Bedeutung für den Klimaschutz. Im vergangenen Jahr haben wir den 12-Punkte-Plan für einen Wald der Zukunft auf den Weg gebracht. Nun gehen wir noch einen Schritt weiter und werden mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket den Waldschutz noch weiter intensivieren.“ [Weitere Informationen.](#)

## **Starkes Dorf – Weitere Projekte gefördert**

Die Landesregierung fördert Aktivitäten, die dazu beitragen, dass die Dörfer in Hessen lebenswert und zukunftsfähig bleiben. Mit dem Programm „Starkes Dorf – Wir machen mit“ werden bis zum Jahresende im Werra-Meißner-Kreis noch sieben Initiativen und im Landkreis Kassel noch acht Initiativen gefördert. „Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen sollen überall gut leben können und viele ziehen das Leben auf dem Land der Großstadt vor“, erklärte der Chef der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer. Deshalb engagiere sich die Landesregierung dafür, dass die Dörfer attraktive Lebensmittelpunkte für junge Menschen, Familien und Seniorinnen und Senioren bleiben. Das Förderprogramm „Starkes Dorf – Wir machen mit“ läuft seit 2018. Gefördert werden Maßnahmen, die durch ehrenamtliches Engagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt eines Dorfes bzw. eines Ortsteils

stärken, den Zusammenhalt der Generationen fördern und die Lebens- und Aufenthaltsqualität dörflicher Zentren verbessern. Der jeweilige Zuschuss bewegt sich zwischen 1.000 Euro und 5.000 Euro. Antragsberechtigt sind Vereine, Verbände oder Freiwilligenagenturen. Weitere Informationen zur Förderung im [Werra-Meißner-Kreis](#) und im [Landkreis Kassel](#).

## Zahl der Woche

1.500 Wildkatzen in Deutschland

Vorsichtigen Schätzungen zufolge dürften in Deutschland rund 1.500 Wildkatzen leben. Der Weilburger Wildpark gibt jährlich die Jungtiere, die im Gehege geboren werden, in ein Wiederauswilderungsprojekt. Er trägt damit nach Angaben von Hessen Forst aktiv zur Arterhaltung bei. Quelle: [Hessen Forst](#)

## Link der Woche

### Wildkatze

Das Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie bietet hier weitere Informationen über die Wildkatze und ruft dazu auf, Beobachtungen der Tiere zu melden.

## Hessenbilder



Eine mit einem GPS-Senderhalsband ausgestattete Wildkatze. Als Fundkatzen im Opel-Zoo seit 2019 aufgezogen, wurden jetzt zwei Tiere ausgewildert. Die Universität Gießen begleitet das Projekt wissenschaftlich. Bei den beiden Wildkatzen handele es sich um Ausnahmefälle, [heißt es in einer Mitteilung](#). Die Aufzucht und Freisetzung



dieser geschützten Art sei sehr aufwändig, und die Erfolgchancen seien noch weitgehend unerforscht. Foto: AG Wildtierforschung / Marie Wittekind via Opel-Zoo

## **Impressum**

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei  
Georg-August-Zinn-Str. 1  
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:  
Staatssekretär  
Michael Bußer  
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:  
Klaus Euteneuer